



Ercheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Insertionspreis für die viergepalte Corvus-Seite oder deren Raum 15 Bgr.

Reclamen vor dem Tagesclander die drei-gepalte Corvusseite oder deren Raum 40 Bgr.

Nr. 59.

Donnerstag, den 11. März 1886.

87. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Städtische Kommissionen.

**Kommission zur Vorberathung einer Verbindungsbahn zwischen Saale und Bahnhof.**

Sitzung am Mittwoch den 10. März cr. Nachm. 6 Uhr im Amtszimmer des Herrn Oberbürgermeisters Staudé.

#### Finanz-Kommission.

Sitzung am Donnerstag den 11. März cr. Nachmittags 5 Uhr im Eheschließungszimmer. (Spartassengebäude).

#### Tagesordnung:

- 1) Nachbewilligung beim Etat der Elementarschulen;
- 2) Antrag auf Regulierung von Gehaltsverhältnissen;
- 3) Erhöhung einer Funktionszulage;
- 4) Ermäßigung des Eintrittsgeldes eines Beamten bei der Wittwen- und Waisenkaße;
- 5) Etat der Armenkaße;
- 6) Etwaige nachträglich eingehende Vorlagen.

### Bekanntmachung.

**Anreichung der Zinsheine Reihe VII. zu den Prioritätsobligationen der Münster-Hammer Eisenbahn.**

Die Zinsheine Reihe VII. No. 1 bis 8 zu den Prioritätsobligationen der Münster-Hammer Eisenbahn über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1886 bis 31. Dezember 1889 nebst den Anweisungen zur Abhebung der Reihe VIII. werden vom 4. Januar l. J. ab von der Kontrolle der Staatspapiere hierelbst, Dr. H. H. H. 92 unten rechts, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsheine können bei der Kontrolle selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie durch die Kreisstaße in Frankfurt a. Main bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrolle selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Bevollmächtigten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinsheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamt No. 2 unentgeltlich zu haben sind. Genügt dem Erreicher der Zinsheinanweisungen eine nummerierte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Erreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen sofort zurück. Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Anreichung der neuen Zinsheine zurückzugeben.

**Im Schriftwechsel kann die Kontrolle der Staatspapiere sich mit den Inhabern der Zinsheinanweisungen nicht einlassen.**

Wer die Zinsheine durch eine der obengenannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat derselben die Zinsheinanweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen. Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangsbescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Ausständigung der Zinsheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzial-Kassen und bei den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu beziehenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Prioritätsobligationen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsheine-Reihe nur dann, wenn die Zinsheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Prioritätsobligationen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittelst besonderer Eingabe einzureichen.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß in Zukunft 20 Stück Zinsheine für einen Zeitraum von zehn Jahren und nicht mehr 8 Stück Zinsheine für 4 Jahre werden ausgereicht werden und daß die den Zinsheinen Reihe VII. jetzt beige beige Umweiser zur Abhebung der Zinsheine Reihe VIII. eine dementsprechende Fassung erhalten hat.

Berlin, den 18. Dezember 1885.  
**Hauptverwaltung der Staatsschulden.**  
g3. Sydow.

### Bekanntmachung,

die Zurückstellung der Mannschaften des Beur- laubtenstandes in der Stadt Halle a. S. wegen

### händlicher und gewerblicher Verhältnisse im Falle einer Mobilmachung betreffend.

Das Klassifikations-Geschäft wird für die Stadt Halle a. S. in diesem Jahre am

**Dienstag den 6. April Vormittags 9 Uhr**

**auf dem Rathhause**

stattfinden. Die Mannschaften der Reserve, der Land- und Seewehr und der Krieg-Reserve I. Kl. einschließ- lich der dieser Kategorie angehörenden Civil-Merzte, welche ihre Zurückstellung bei eintretender Mobilmachung gemäß der Bestimmungen des § 17 der Kontroll-Ordnung beantragen zu können glauben, werden hierdurch veranlaßt, die hierauf gerichteten Anträge spätestens **bis zum 15. März cr. im Militär-Bureau, Polizei-Gebäude Zimmer Nr. 7**, woselbst auch die zu den Anträgen vorgeschriebenen Formulare in Empfang genommen werden können, behufs weiterer Prüfung abzugeben. Im Augenblick der Mobil- machung bleiben alle Heilide um Zurückstellung unberück- sichtigt. Den Antragstellern steht es frei, im Klassifikations- geschäft persönlich zu erscheinen.

Halle a. S., den 29. Februar 1886.

**Der Civil-Vorsitzende**

**der Krieg-Kommission der Stadt Halle a. S.**

gez. Staudé, Oberbürgermeister.

### Bekanntmachung.

Das der Stadt Halle gehörige sog. Holzschimmerhaus, Moritzkirchhof Nr. 6, mit Ausnahme des an den Ziegel- bedermeister Harlach vermieteten Schuppens soll auf ein Jahr, vom 1. April 1886 bis 31. März 1887, unter den im Termine bekannt zu machenden, im Stadtschre- tariat zur Einsicht ausliegenden Bedingungen öffentlich meistbietend vermiethet werden.

Zur Abgabe von Geboten ist auf

**Freitag den 12. März cr. Vorm. 11 Uhr**

Termin in der Rathshaus anberaumt, zu welchem Re- sultanten hiermit eingeladen werden.

Halle, den 6. März 1886.

**Der Magistrat.**

### Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir den Preis des aus besten Gassteinen gewonnenen Coals auf 70 Pf. Waichcoals auf 60 Pf. pro Hektoliter ab Anstalt er- mäßigt haben.

**Die Verwaltung**  
**der städtischen Gas- und Wasserwerke.**

### Nichtamtlicher Theil.

Halle, den 10. März.

### Dr. Hamberger's Rede in der Monopol- Debatte.

Die Rede, welche Herr Dr. Hamberger am Sonnabend im Reichstage gehalten hat, gehört zu den bemerkens- werthesten, die in der dreitägigen Monopol-Debatte gehalten worden sind. Sie zerfällt in zwei Haupttheile, von welchem der erstere sich mit dem vorgeschlagenen, aber im Grunde schon abgethanen Branntweinmonopol, bezw. mit dem Monopolprinzip überhaupt, der zweite mit der vor- zuziehenden höheren Branntweinsteuer beschäftigt.

Obgleich nun die Branntweinmonopolfrage als erledigt angesehen werden kann und bereits als erledigt angesehen werden konnte, als Dr. Hamberger seine Rede hielt, ist doch dieser erste Theil der Rede keineswegs überflüssig geworden und kann noch mit großem Nutzen gelesen werden. Einmal weiß man ja nicht, wie bald Fürst Bismarck das Monopol nochmals hervorholt, um sich eine neue „Dü- tung“ geben zu lassen oder wie bald er mit einem neuen Monopolprojekt auftritt. Alsdann enthält dieser Theil der Hamberger'schen Rede eine scharfe, aber nur zu richtige Charakteristik der jetzt herrschenden Interessenpolitik, der Staat, vom Staate etwas zu erlangen und der in Regie- rungsreifen herrschenden Meinung, im Interesse der Er- weiterung der Staatsmacht, solcher Sucht entgegen zu kommen, eine Charakteristik und Beleuchtung der staats- sozialistischen Richtung, welche man in Deutschland einmal eingeschlagen hat und nun selbst wider Willen weiter zu verfolgen gedrängt wird.

Wenn man, sagte Abg. Hamberger auseinander, Gescheh- te nach allen Richtungen hin aufstellen will, muß man Mit- tel haben; um diese zu erhalten, muß man die Privat- wirtschaft zerschneiden. Aber dadurch wird der Staat nicht reicher, sondern ärmer. Dann entstehen neue Wünsche, die der Staat befriedigen soll und neue monströse Steuern

werden nötig. Denn, sagte der Redner, das liegt auf der Hand: Alles, was genommen wird vom Staat, um damit Wohlthaten zu erweilen, wird aus den Taschen der Erwerbenden genommen, und die Erwerbenden sind eben die große Masse der Produzenten. Sie müssen sich stel- len, wie Sie wollen, der Staat produziert nichts, der Staat kann keinen Gewinn machen, den er nicht einem Anderen abnimmt, und wenn er einen großen Gewinn machen will, so wird er nicht Anderen etwas abnehmen können, als gerade den großen Klassen Derer, von denen er lebt. In dem Maße, als bei uns die Ankaufung durchdringen wird, daß der Staat bald nach der einen, bald nach der anderen Seite hin große kulturelle Aufgaben zu erfüllen hat, daß er positive Experimente zu unternehmen hat, wird er die Nation ärmer machen, gerade indem er glaubt, sie reicher zu machen. Denn er nimmt es den Erwerbenden an der Stelle, die meines Erachtens am allerproduktivsten angelegt ist. Er beraubt sie der Früchte ihres sauren Schweißes, um damit wieder Wohlthaten zu erweilen. Jeder Uebergang aus der Tasche des Steuerzahlers in die Tasche des Centralstaates ist aber mit einer Reihe von unproduktiven Ausgaben für Beamte u. s. w. verbunden. Schließlich kommt es in Folge der Höhe dieser Ausgaben dahin, daß der Staat weniger einnimmt, als er Anderen aus der Tasche nimmt. Dieses einfache Rechenexempel sollte uns schon vor betriebligen Experimenten warnen. Sie mögen sich drehen, wie Sie wollen, neue Verthe schafft das Monopol doch ganz gewiß nicht. Er nimmt nur die, welche bis jetzt gewonnen werden, um sie besten Falls einem Anderen zuzuwenden.

Der Redner legte dann noch auseinander, wie weit wir schon im Kriege gegen die Privatthätigkeit gekommen sind, wie man in den letzten Jahren bald den einen, bald den anderen Stand verächtlich hat. Das, sagte er, haben wir bei den Schutzzöllen gesehen, dann kam die Unfallveriche- rung; da waren die Direktoren und Aktionäre der Ver- sicherungsgesellschaften die schlechten Menschen, weil sie das wollten, was jetzt die Herren Brenner wollen, näm- lich möglichst viel und mehr einnehmen, als das, was sie ausgeben. Jetzt sind es die Wirthe, wie es früher die Bäcker waren, welche Schuld hatten. Kurz, eine Privat- thätigkeit nach der anderen wird mit dem Mathema ver- folgt, als sei sie etwas Verberliches. — Nachdem Abg. Hamberger noch die Aeußerung des Finanzministers von Scholz: „Was uns nötig scheint zum allgemeinen Wohle, das expropriiren wir, und wenn uns der Tod des Herrn Richter nötig erscheint für das Wohl des Volkes, so expropriiren wir ihn“, näher beleuchtet, erklärte er, daß das vom Regierungstische her ausgesprochene Prinzip das des Konvents sei.

So einverstanden nun jeder Liberale mit diesem ersten Theile der Hamberger'schen Rede sein kann, so schwere Bedenken können selbst entschieden Liberale gegen den zweiten Theil derselben haben. Herr Hamberger will auch eine Erhöhung der Branntweinsteuer nicht bewilligen, obgleich alle Liberalen früher die Besteuerungsfähigkeit des Branntweins anerkannt haben. Er begründet diese Weigerung damit, daß die deutschfreisinnige Partei dafür danken müsse, mit dieser neuen Steuer das falsche Steuer- system, das Unrecht der hohen Besteuerung der nothwendi- gen Lebensmittel, noch fernerhin zu ermöglichen.

Unleugbar wäre eine solche Taktik gerechtfertigt, handelte es sich um eine Tabak-, eine Zucker- oder irgend eine an- dere Steuer. Dann hätte eine Partei, welche das herrschende Regierungssystem als eine große Gefahr für den Staat ansieht, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die geforderte neue Steuer nöthigenfalls zu verweigern, um dadurch das gefährliche System zu Falle zu bringen, selbst wenn diese Partei unter anderen Umständen die ge- forderte Steuer als eine durchaus berechtigte anerkannt hätte. Aber bei der Erhöhung der Branntweinsteuer handelt es sich nicht allein um Füllung des Staatsäckers, sondern auch um Bekämpfung der Trunksucht, die auch eine große, und nicht nur von ein er Partei, sondern von allen Parteien anerkannte große Gefahr des Staates ist. Nicht blos den Staatsäckern füllen, sondern auch die Schän- ken, die Irrenhäuser, die Gefängnisse, die Zuchthäuser leeren, die Wäster und Verbrechen, Frankheit und Elend mindern soll die erhöhte Branntweinsteuer. Darum kann Niemand einer Erhöhung der Branntweinsteuer wider- streben, ohne sich mitschuldig der Gefährdung der physischen, geistigen und moralischen Volksgesundheit zu machen, und ohne seiner Partei zu schaden. Der Abg. Döschelhauser dürfte Recht haben, daß diejenige Partei, welche auf ihre Fahne „Bedeutende Erhöhung der Be- steuerung des Branntweins“ schreibt, in der nächsten Wahl- kampagne weit bessere Aussichten auf Erfolg haben werde als diejenige Partei, welche mit der Parole „Keine Er- höhung der Besteuerung des Branntweins“ vor die Wähler

tritt. Der Wähler kündigt sich nicht sonderlich viel um die höhere Parteitätigkeit; wenn er sich entscheiden soll für oder gegen Brauntweinfeuerungsbildung, dann stimmt Alles, die Interessenten und die uninteressierten Trunkenbolde allein vielleicht ausgenommen, für das Abwählen des Brauntweins. Die verschiedenen Parteiführer sollten sich dies ad notam nehmen und nicht aus Gründen der Taktik eine schwere Schuld auf sich laden und einen taktischen Fehler obenrein machen.

\* Der Bundesrat hielt am 8. ds. Mts. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern, von Bötticher, eine Plenarsitzung ab. In derselben wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Heranziehung von Militärveteranen zu den Gemeindeforderungen, die Zustimmung erteilt.

\* Das Sozialistengesetz ist in der Kommission in erster Lesung mit den Bindhorst'schen Abschwächungen angenommen worden. Centrum, Deutschfreisinnige, Volkspartei haben diese Anträge angenommen, eine Gesamtentscheidung wird erst am Schlusse der zweiten Lesung stattfinden und dann ohne Zweifel, genau wie vor zwei Jahren, zur Ablehnung des ganzen Gesetzes führen. Den Konserverativen und Nationalliberalen wird das Gesetz durch diese Abschwächungen unannehmbar, den Deutschfreisinnigen und den noch weiter links stehenden Gruppen wird es auch in dieser gemilderten Form nicht annehmbar werden. Der Minister von Puttkamer hat in sehr entschiedener Weise das Gesetz mit den Bindhorst'schen Anträgen für unbrauchbar erklärt und versichert, die verbandelten Regierungen müßten es in dieser Form zurückweisen. Das Festhalten an diesen Anträgen würde also der völligen Ablehnung ganz gleich kommen. Eben darum erhält sich auch die Annahme, daß das Centrum in seiner Mehrheit schließlich seine Vorschläge fallen lassen wird, nicht in der Kommission, die mit einem vollständig negativen Ergebnis abschließen dürfte, wohl aber im Plenum. Nur eine Abänderung der Geltungsdauer wird beschlossen und ohne Zweifel auch von der Regierung zugestanden werden.

\* Zur Beratung des Kultus-Etats in Abgeordnetenhause beantragt Abgeordneter Freyher von Alvensleben, die Regierung dringend zu ersuchen, in den nächsten Etat des Staatshaushaltes eine Summe einzustellen, aus welcher die königlichen Superintendenzen der sechs östlichen Provinzen eine ihre persönlichen Dienstleistungen und dem durch ihre Stellung bedingten Dienstaufwande entsprechende Entschädigung erhalten. Ferner beantragt der Abgeordnete Stöcker Einstellung der erforderlichen Mittel in den nächstjährigen Etat behufs Inangriffnahme der Teilung übergrößer Parochien und der Gründung neuer Gemeinden in Berlin und Ueberweisung weiterer Maßnahmen an die zuständigen Behörden der evangelischen und katholischen Kirche nach der konfessionellen Verhältniszahl der Bevölkerung.

\* Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ meldet in seinem nichtamtlichen Teile Folgendes: Nachdem der Bischofsstuhl von Ermland durch die mit Zustimmung der königlichen Staatsregierung erfolgte Ernennung des jetzigen Bischofs Dr. Philipp Kremers zum Erzbischof von Köln erledigt worden, hat nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften am 15. Dezember vorigen Jahres durch das Domkapitel zu Frauenburg die Wahl eines neuen Bischofs stattgefunden, welche auf den jetzigen Domherrn, Generalvikar Dr. Andreas Thiel daselbst gefallen ist. Derselbe hat durch päpstliches Breve vom 12. Februar d. J. die Bestätigung zur Ausübung seines bischöflichen Amtes erhalten. — Se. Majestät der Kaiser und Königin haben mittels Allerhöchster Urkunde vom 2. März d. J. dem Bischof Dr. Andreas Thiel die nachgeforderte landesherrliche Anerkennung als Bischof von Ermland zu erteilen geruht.

\* Ein Telegramm des Neuter'schen Bureaus aus Rangun vom 8. ds. Mts. meldet: Die aus 300 Mann bestehende englische Garnison in Yemethen ist von circa 9000 Aufständischen umzingelt. General Prendergast wird morgen mit einigen hundert Mann nach Yemethen vorrücken und wahrscheinlich auf heftigen Widerstand stoßen. Auf dem Marste erwartet man einen Zusammenstoß. Sobald Prendergast in Yemethen eingetroffen ist, soll sofort eine Truppenabteilung von Mandalay zur Unterstützung von Yemethen ausrücken.

Der „Daily Telegraph“ will wissen, dem in Aussicht genommenen irischen Parlamente werde voller Spielraum für die Erledigung aller rein lokalen Angelegenheiten gewährt, möglicherweise werde demselben auch die Machtbefugnis hinsichtlich der Erhebung der Zölle und Accise verliehen werden. Die gegenwärtige irische Polizei solle Reichspolizei bleiben, die neu zu errichtende Lokalpolizei aber werde den irischen Behörden unterstellt werden. Irland werde Vertreter in das englische Unterhaus senden, welche an den Beratungen über die das ganze Reich angehenden Fragen teilnehmen würden.

\* Aus Petersburg, 9. März, wird telegraphiert: Durch kaiserlichen Befehl werden die lutherischen Parochial- und Landgemeindefschulen Livlands, sowie die Dorfschulen Estlands, Kurlands und die Lehrerseminare der baltischen Provinzen dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellt. — Das Gesetz, welches die Prägung von 6 Millionen Nobel Silber-Scheidemünze anordnet, ist veröffentlicht worden.

Nach einer von der „Kronlaten Btg.“ veröffentlichten Uebersicht sind im Laufe des letzten Jahres für die russische Ostflotte, die Flotte des schwarzen Meeres und die sibirische Flotte nicht weniger als 27 Schiffe der verschiedensten Art neu gebaut oder im Neubau vollendet

worden. Im Kronlaten Hafen wurde mit der Errichtung granitner Felsenmauern fortgefahren, im Hafen von Sebastopol sind Docks eingerichtet worden. Ferner haben die Stahlpanzerfabrik von Dschuch und die Zirkonische Panzerwerkstätte wesentliche Neuerungen und Erweiterungen erfahren. Der Ausbau des Hafens von Liban in Kurland zu einem Kriegshafen soll aufgegeben worden sein. Dagegen soll dieselbe eine Geschwaderstation der baltischen Flotte eingerichtet werden.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause. Sitzung vom 9. März 1886.

Eingegangen: Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Staatskassendebüchs. Die zweite Beratung des Kultus-Etats wird fortgesetzt. Beim Kapitel „Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten“ beantragt Abg. Wagem dessen Streichung. Minister v. Goltz erwidert, daß die Abschaffung des kirchlichen Gerichtshofes nur durch Erreichung eines Staatszieles erfolgen könne. Abg. v. Biedlich, Westrich und v. Minnigerode schließen sich dieser Auffassung an, worauf das Kapitel bewilligt wird.

Beim Kapitel „evangelische Konvikorien“ werden neu eingebracht die Mittel für ein neu zu errichtendes Konvikorium zu Danzig (15,000 Mk.) und für eine neue Konvikorienanstalt in Magdeburg (5100 Mk.).

Abg. Dr. Langerhans beklagt die Forderung für das Danziger Konvikorium. Das Haus dürfe in kirchliche Verhältnisse nicht hineingreifen und dennoch solle der Landtag Mittel für die Kirche bewilligen. Das Konvikorium in Königsberg könne die Gesetze für Danzig ganz gut führen.

Abg. Dr. Wehr beklagt, unter Zurücklegung der Westpreussischen Verhältnisse die Neuerichtung eines Konvikatoriums in Danzig. Minister v. Goltz: Nachdem die Provinz Ostpreußen von Westpreußen getrennt worden, sei die Errichtung eines besondern Konvikatoriums in Danzig notwendig geworden. Die Größe und die Bevölkerungsziffer beider Provinzen seien dergestalt, daß ein einziges Konvikorium nicht beide Provinzen versorgen könne.

Nach längerer Debatte, an welcher sich außer den vorgenannten noch die Abg. v. Minnigerode, Westrich, Westrich, Dr. Windthorst beteiligten, wird die angeforderte Forderung genehmigt, worauf das ganze Kapitel Annahme findet.

Beim Kapitel „evangelische Geistliche und Kirchen“ beschwert sich Abg. Dr. Wehr darüber, daß bei finanziellen Zuschüssen nicht paritätisch verfahren werde. Der Minister, v. Goltz, erklärt, daß die Ministerialdirektor Barthhausen erwidert, daß Anträge von katholischer Seite aus mit demselben Wohlwollen geprüft werden, wie Anträge von evangelischer Seite. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Bischöfliche“: Beim Bischof von Ermland beschwert sich der Abgeordnete Spahn über den Priestermangel dortselbst und über die Schwierigkeiten, die der Errichtung neuer Pfarreien gemacht würden. Beim Bischof von Köln nimmt Abg. Neubauer den Bischof von Köln v. d. Marzill, gegen die neulich vom Ministerium gegebenen Verfügungen in Schutz. Der Minister, v. Goltz, erklärt, daß die polnische polonisiert, sei ebenfalls hinsichtlich, als wenn jemand sagen wollte, Sacheln sei germanisiert worden, die Kasuben seien eben Polen. Man verlange von den Bischöfen, daß sie germanisiren; wehe, wenn sie dies thun wollen.

Kultusminister v. Goltz giebt auf Grund eines unvollständigen Aktenmaterials eine Darstellung der Schwierigkeiten, welche dem früheren bischöflichen Bischof von Raim Sedlag von nationalpolnischer Seite in den Weg gelegt wurden. Vom Jahre 1856 ab änderte sich das insofern, als sich die polnische Nation selbst ungenügend entfalteten konnte.

Abg. Goltz, Preussener habe nicht umhin gekonnt, den Katholizismus mit dem Polonismus zu identifiziren. Das Geschehe auch der Bevölkerung gegenüber. Die Kasuben seien allerdings Slaven, aber nicht Polen; sie hätten ihre eigene Literatur.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn das mit dem Vorgehen gegen die Polen und ihre Sprache so verhalte, so werde nichts Anderes übrig bleiben, als daß sich die Polen zumutend, um sich mit Gewalt dagegen zu schützen. (Hört, hört!) Der Minister habe gegen einen noch im Amte befindlichen Bischof, der in Ehren gestorben sei, Vorwürfe erhoben; das sei ungebührlich.

Abg. Dr. Wehr erklärt, es sei ein starkes Stück, wenn ein preussischer Abgeordneter die Polen auf gewaltsamen Widerstand verweise.

Abg. Kantak: Der Minister habe eine Anzahl Klagen des früheren Bischofs Sedlag über die Verhältnisse in der Provinz aus einer politisch aufgetragenen Zeit, in der Verhärthungen stattfanden, erzählt.

Abg. Dr. Windthorst: Er habe zu keinem Gewaltakt angeordnet. Er könne den Polen nicht sagen, sie sollen sich um Gotteswillen nicht Gewalt anthun, denn Gewaltthaten seien gegen die Religion, gegen die Kirche und gegen das Gesetz. Aber er füge hinzu, diejenigen, welche die Gewalt haben, mögen sich hüten, den Hosen zu isch zu thun!

Abg. Dr. Wehr konstatirt, daß Dr. Windthorst allerdings davon gesprochen, die Polen müßten sich, wenn das Vorgehen gegen sie fortbauere, mit Gewalt zumutend thun. Er erkenne an, daß Dr. Windthorst seine Äußerung eingeschränkt habe, er weise aber zurück, dieselbe falsch interpretirt zu haben.

Beim Bischof von Polen-Gnien führt Abg. Ostrowicz die neulich gegen den Bischof Drabent erhobenen Vorwürfe auf demnachst an.

Minister von Goltz erwidert, daß dieselben auf protokollarischen Vernehmungen beruhen. Das Kapitel „Bischöfliche“ wird genehmigt.

Das Kapitel „Katholische Geistliche und Kirchen“ wird ohne erhebliche Debatte angenommen.

Beim Kapitel „Bedürfnisse und einmalige Unterstellungen“, insbesondere für einen Bischof (es handelt sich um Zuschüsse zc. an die Altkatholiken in Höhe von 48,000 Mk.) beschwert sich Abg. Westrich darüber, daß die Kreuzfische zu Preise auch den Altkatholiken eingekauft worden. Minister v. Goltz erwidert, daß eine Einigung zwischen den Gemeinden zu erwarten sei und hiebei er den Vorredner, seinen Einfluß zur Förderung dieses Zieles auszuüben.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen Vormittag 11 Uhr vertagt.

## Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 9. März. Heute wurde die erste Landtagsperiode geschlossen; die zweite Periode wird nächsten Freitag durch den Prinzen Wilhelm Namens des Königs mit einer Thronrede eröffnet werden.

Haag, 9. März. Die Regierung hat den Kammeren einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Erhöhung der Verbrauchssteuer auf fremden Zucker, Sorte B, um vier

Gulden per 100 Kilogramm, sowie eine weitere Herabsetzung auf Kolonialzucker-Absatz von 1 1/2 bis 2 1/2 pCt. vorschlägt.

Paris, 9. März. Der Ministerrath beschloß heute Morgen mit den Arbeiterverhältnissen in Decazesville. Nach den dem Minister des Innern vorliegenden Berichten hat sich die Lage daselbst gebessert. Eine Deputation aus Saizon vom heutigen Tage theilt mit, daß die Aufständischen in der Umgegend von Tourane einen Kapitän und zehn Soldaten getödtet haben und bis Lunhone vorgeückt sein sollen; eine amtliche Bestätigung liegt jedoch bisher nicht vor.

New-York, 8. März. Heute haben hier gegen 4000 Fischer und Zimmerleute die Arbeit niedergelegt, von einzelnen Arbeitgebern wurden die Forderungen der Streikenden alsbald bewilligt. Auch unter den Kohlenarbeitern in Maryland ist ein Strike ausgebrochen; aus mehreren anderen Gegenden der Vereinigten Staaten werden gleichfalls Strikebewegungen gemeldet.

## Tages-Chronik.

\* Ueber das Befinden des Kaisers wird gemeldet, daß in der vorvergangenen Nacht der Schlaf durch rheumatische Beschwerden öfters Störungen erlitten habe, weshalb Allerhöchstdenke auch am gestrigen Tage noch etwas länger im Bette zu bleiben sich veranlaßt sah. Am gestrigen Vormittag nahm der Kaiser den Vortrag des Grafen Perponcher entgegen und nahm sodann im Beisein des Generals der Infanterie, von Rapp, und des Generalmajors v. Derenthal die persönlichen Meldungen des zum Kommandeur der 31. Infanterie-Brigade ernannten Generalmajors Schmidt von Anselmsdorff, des Kommandeurs des 1. Schlesischen Husaren-Regiments Nr. 4, Oberlieutenants von Jahn, sowie mehrerer zur Militär-Turnanstalt kommandirter Offiziere und einiger anderer hoher Offiziere entgegen und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts. Nachmittags 4 Uhr, vor der Tafel, hatte der Kaiser noch eine Konferenz mit dem Grafen Herbert Bismard. — Der Kronprinz empfing gestern Vormittag den ehemaligen Polizeipräsidenten von Berlin, Herrn von Madai, und nahm darauf mehrere Berichte und militärische Meldungen entgegen. — Am Montag Abend fand bei den französischen Herrschaften eine größere Soiree desanto statt.

\* Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers hat sich leider wieder verschlechtert. Die rheumatischen Schmerzen haben sich der „N. N.“ zufolge, erheblich verschärft, was, wie es scheint, darauf zurückzuführen ist, daß Herr Bismard gegen den ärztlichen Rath sein Stimmorgan einer zu großen Anstrengung ausgesetzt hat.

\* Ueber ein parlamentarisches Diner, welches Herr Bismard gestern gab, verlautet nach der „Nat.-Btg.“, daß u. A. die Polenvorlage den Gegenstand des Gesprächs abgab. Der Reichskanzler, der den Stern des Christus-Ordens trug, erzählte aus seiner Jugend, daß ihm eine Gehaltszulage von 300 Thalen geboten worden sei, wenn er eine Stelle im Polizeibureau annehmen wolle, er würde solche Anordnungen auch heute als richtig betrachten. Gegen die Einführung der Erbpacht in die Kolonisationsvorlage erklärte sich Herr Bismard als „mittelalterlich-feudal“; dagegen würde man bis zu faktualativen Neuentwürfen gehen, neben diesen müßte aber auch Erbpacht und einfacher Kauf zulässig bleiben. Auf die Bemerkung eines Gastes, daß die Mark das beste Kolonisationsmaterial gebe, erklärte Herr Bismard, die Schwaben seien ganz besonders geeignet, als ein echt deutscher Stamm, der seine Nationalität mit besonderer Fähigkeit unter fremden Völkern aufrecht erhält. Der Bischof Kopp war in bischöflicher Kleidung erschienen. Außer ihm nahmen auch die anderen Mitglieder der freischöpferischen Kommission des Verrenhauers an dem Mahle theil; im Ganzen 30 Personen. Wie berichtet wird, hätte Herr Bismard in ungenauer anerkennender Weise sich über den Papst ausgeprochen. Leo XIII. sei einer der scharfsichtigsten und erleuchtetsten Staatsmänner unserer Zeit, der erkannt habe, welche Bedeutung ein konfederatives und geordnetes Staatswesen im Mittelpunkt Europas, wie Deutschland, gegenüber der allgemeinen Lage der Weltverhältnisse besitzt.

\* Die Neu-Guinea-Kompagnie hat den Vize-Admiral A. D. Freyherrn v. Schleinig als Vandeschauptmann für die deutschen Schutzgebiete im Kaiser-Wilhelms-Land und in Bismard-Archipel gewählt. Derselbe hat die Wahl angenommen und ist die Ernennung von dem Herrn Reichskanzler genehmigt worden.

\* Der Norddeutsche Lloyd hat einer Bremer Meldung der königlichen Zeitung zufolge alle Vorbereitungen soweit getroffen, daß am 30. Juni der erste Reichspostdampfer von Bremerhaven abgehen wird und von da an in regelmäßigen Betrieben die Fahrten nach Ostasien und Australien nebst den Zweigfahrten ausgeführt werden können.

\* Der Kronprinz zeigte am Sonntag beim Besuche der südbischen Fortbildungsschule wieder den liebenswürdigsten Humor. Als der hohe Herr die Aula verlassen wollte, bemerkte er noch eine größere Anzahl von jungen Leuten, die vorher nicht geäußert worden waren. Der Kronprinz wandte sich an sie mit der Frage: „Was treibt denn dieser Kurus für eine Wissenschaft?“ — „Buchführung“, lautete die Antwort. — „Mein Glück“, bemerkte der Kronprinz, „daß man Euch nicht examinirt hat; denn von Buchführung verstand ich nichts; ja, wenn es noch Buchführung wäre, — das hab' ich auch gelernt! Na wartet nur, jetzt werd' ich mich aber auch mit Buchführung beschäftigen und im nächsten Jahre wollen wir mal sehen, wer's besser kann, Ihr oder ich“.



# Interims-Stadt-Theater.

(Vor dem Steinthor 7 und 8).

Direktion: F. Gluth.

Wittwoch den 10. März 1886.

Ausser Abonnement.

## Strauss-Abend.

Zum Benefiz für Herrn Hans Dobers.

### Die Fledermaus (II. Akt).

Gabriel Eisenstein — Hr. Dobers. Prinz Orlofsky — Fr. Hartmann.  
Najade, seine Frau — Fr. Dugdt. Dr. Falke — Herr Pittschan.  
Frank, Gefängnisdirektor — Herr Patry. Adele, Stubenmädchen — Fr. v. Vega.

Sierauf:

### Der lustige Krieg (II. Akt).

Gräfin Artemisia — Fr. Treptow. Umberto — Herr Sachs.  
Violetta — Fr. Dugdt. Balthazar — Herr Hüner.  
Mardesje — Hr. Dobers. Else, sein Weib — Fr. v. Vega.

Zum Schluß:

### Der Carneval in Rom (II. Akt).

Graf Falconi — Herr Hüner. Marie — Fr. Dugdt.  
Gräfin Falconi — Fr. v. Vega. Arthur Bryd — Hr. Dobers.  
Hesse — Herr Patry. Safirina — Fr. Treptow.  
Najaeli — Herr Sachs.

Preise der Plätze:

Bloge 2 Mt. — Sperrsig 1.50. — Parterre 1 Mt. (Vorverkauf 80 Pf.) — Gallerie 50 Pfg.

Abonnementskarten gütig bei Zuzahlung von 25 Pfg.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.

Donnerstag: Geschlossen wegen Vorbereitung zu:

(Neu!) Herrgottschneider von Ammergau. (Neu!)

Volkschauspiel mit Gesang.

Benefiz für Herrn Koenig.

## Auction.

Freitag den 12. ds. Mts. früh 11 Uhr versteigere ich im Gasthof zu den „Drei Kugeln“, Klausstraße, auf fremde Rechnung:

10 Faß Nordhäuser

Branntwein (Weißschwaarz

mit 48% Gehalt) weißbierend gegen sofortige Barzahlung.

O. Radestock, Auct.-Kommissar.

## Patent-Wasserfilter

zur Verwandlung schlechten Trinkwassers in gelundes, glanzvolles, von 7,50 Mt. an bei

Otto Unbekannt,

Kleinschmieden,

Werkstatt für math., phys. u. opt. Instr.

**TRAUER-HÜTE**  
von 3-25 Mark.  
**Rudolph Sachs & Co.**  
Hochparanien,  
gr. Ulrichstr. 55.

## Hemden

für Damen von gutem engl. Dowlas oder Hemdentuch (ohne Appretur) 1/4 Dgd. 3,75, 4,50 und 5,50 Mark, für Herren 1/4 Dgd. 4,00, 4,50 und 5,00 Mark, für Kinder, 45 cm lang, 1/4 Dgd. 1,50 Mark empfiehlt

M. Dannenberg,

Geißstraße 67, Ecke der Parzasse.

a Stück 3 Pf., schon im Cigarren Stand und angenehm im Geschmack, empfiehlt

J. R. Striessner, Bernburgerstr. 13.

Von höchster Wichtigkeit für die Augen Jedermanns.

Das nur allein wirklich ächte Dr. White's Augenwasser von Traugott Ehrhardt in Delze in Thüringen ist seit 1822 weltberühmt. Dasselbe ist a Flacon 1 Mt. zu haben in den bekannten Apotheken in Halle a. S. Man verlange aber ausdrücklich nur wirklich ächte Dr. White's Augenwasser von Traugott Ehrhardt. Kein anderes.

Für den redaktionellen und Ineranttheil verantwortlich Julius Mandelt in Halle. — Pödy'sche Buchdruckerei (H. Rietzschmann) in Halle.

# A. Huth & Co.,

Halle a. S.,

Große Steinstraße 8.

Wir beehren uns hiermit den Eingang sämmtlicher Neuheiten in

## weissen, creme u. buntfarb. Gardinen

anzugeigen. Bei reichhaltiger Auswahl in Mustern sind wir durch vortheilhafte und direkte Anschaffung im Stande, für nur beste, dauerhafte Fabrikate die denkbar billigsten Preise zu berechnen.

### Congress-Stoffe

und Congress-Zwischenstücke zu Gardinen, verschiedene Breiten, glatt und gestreift, weiß, creme u. ecru zu billigsten Fabrikpreisen.

### Gardinen-Rester

und ältere Muster werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen anverkauft.

## Amerikanische Glanzstärke

von Fritz Schulz jun., Leipzig

ist wegen hervorragender Güte und Billigkeit Jedem zu empfehlen. Ueberall vorräthig. à Paket 20 Pf.

# Bayerisches Export-Bier.

Dieses vorzügliche Bier, an Gehalt und Reinheit des Geschmades dem sogenannten echten mindestens gleich, im Preise jedoch erheblich billiger, empfehle ich den Herren Wirthen und Privaten. Nüher in Gebinden versende ich dieses Bier auch in Flaschen und bitte, Bestellungen an die Brauerei gr. Ulrichstraße 49 oder nach meiner Kellerei „Münchener Keller“, Giebichenstein, gelangen zu lassen.

## Münchener Brauhaus.

G. Faldix.

## Porzellan-Manufactur

Heinrich Baensch, Lettin,

Lager und Verkaufsstelle

Poststrasse und Karzerplan-Ecke,

empfeilt Porzellan weiß und decorirt

für Ausstattungen und Hotelbedarf

zu Fabrikpreisen!

## Kunstgewerbe-Verein.

Konkurrenz-Ausschreiben

zwecks Erlangung von Entwürfen

1) zu einer Konsole oder einem Postament für die Luther-Büste in der St. Moritzkirche,

2) zu einer Vorgarten-Lampe aus Schmiedeeisen.

Die Konkurrenz ist auf das Stadtgebiet Halle beschränkt, jedoch können auch auswärtige Mitglieder des hiesigen Kunstgewerbe-Vereins theilnehmen. Einreichungstermin 5. April d. Jz. Ausführliche Programme sind von dem Schatzmeister des Vereins, Herrn Maurer- und Zimmermeister Kuhn, Steinweg 33, zu beziehen.

Der Vorstand,

Lohausen, Stadtbaurath.

## I. kommunaler Bezirks-Verein.

Donnerstag den 11. Abends 8 Uhr Versammlung in der Tulpe.

## Konservativer Verein für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 11. März Abends 8 Uhr

Versammlung der Mitglieder des 3., 5. und 6. Bezirks im Restaurant

„Rosenthal“, Weidenplan.

Geschäftliche Mittheilungen.

Gegen Husten und Heiserkeit Helm'sche Malzbonbons, rühmlichst bekannt durch Güte u. Wirkung, empfiehlt W. Schubert, gr. Steinstr. 1.

Die Grube

## Alwiner Verein

am Bahnhof Halle empfiehlt dem geehrten Publikum ihre

## Brikets.

Dieselbe übernimmt jederzeit Lieferungen ins Haus.

Bestellungen sind anzugeben:

Königstrasse 40c, p.,

Sophienstrasse 30, s.,

Herrenstrasse 2, p.,

gr. Ulrichstrasse 19, p.,

Liliengasse 9, l.,

Blumenstrasse 7, p.

## Zur Beachtung!

Getragene Kleidungsstücke, getrag. Winterüberzieher, Mäntel, Pelze, Fracks, gebrauchte Siefeln u. s. w. kauft fortwährend u. zahlt die höchsten Preise C. Buchholz, Markt 26, im rothen Thurm, 1 Treppe.

Ein herrschaftlich eingerichtetes

## Wohnhaus

in der Blumenstraße ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres bei J. Bares & Co.

Die Expedition des Tageblattes befindet sich gr. Ulrichstraße 19 Pödy'sche Buchdruckerei.

Hierzu Beilage.